Ausgabe Nr. 7 / 2003 www.pds-neukoelln.de

Neu-köllnisch

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

Spagat zwischen Gerechtigkeit und Haushalt

In Regierungsverantwortung wird von uns der Spagat zwischen Sozialer Gerechtigkeit und Haushaltsnotlage verlangt. Ohne Konsolidierung werden wir keine Bundeshilfen einklagen können. Deshalb müssen wir unsere

Exklusiv
aus dem Abgeordnetenhaus

Ausgaben mit anderen Bundesländern vergleichen. Oftmals gelingen Einsparungen durch effektivere Strukturen, ein Beispiel dafür ist der Telebus.

Dies ist bei der Reduzierung der Sozialhilfekosten, die 2 Milliarden Euro im Jahr betragen, sehr schwer. Gäbe es in Berlin ausreichend existenzsichernde Arbeitsplätze, müssten nicht so viel Menschen von Sozialhilfe leben. Wir können nicht direkt Arbeitsplätze schaffen, aber wir können dazu beitragen, das Sozialhilfeberechtigte durch Qualifizierungen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Entsprechende Programme stehen zur Verfügung.

Die von der SPD vorgeschlagene Reduzierung der monatlichen Sozialhilferegelsätze um 10 Prozent konnte die PDS abwehren.

Der erzielte Kompromiss sieht vor, dass etwa die Sozialkarte für die öffentlichen Verkehrsmittel wegfällt. Bislang zahlen die Anspruchsberechtigten rund 20 Euro für die Sozialkarte. Der Landeszuschuss beträgt 17 Millionen Euro jährlich und entfällt ab 2004. Damit gibt Berlin eine Leistung auf, die es in anderen Städten gar nicht gibt. Für die Betroffenen ist dies egal, für sie ist es eine Verschlechterung. Viele können aber andere günstige Alternativen nutzen.

Während der Haushaltberatungen gilt es die Vorschläge des Senats detailliert zu prüfen, zu diskutieren und dann zu entscheiden.

***Elke Breitenbach** ist seit Anfang des Jahres Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und im Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Migration und Verbraucherschutz sowie im Hauptausschuss tätig. Seit Juni 2003 ist sie Mitglied im Bundesvorstand der PDS.*

Sozialamt – Dienstleister oder Ärgernis?

Untersuchung in Neukölln im Gange

Das Sozialamt in Neukölln ist eines der Größten in Berlin. Auf den Gängen stehen die Menschen oft stundenlang und warten darauf, dass sich die Tür für sie öffnet, aber es dauert. Bei vielen Bedürftigen, und zu wenig Personal, kocht schon mal die Volksseele hoch. Die Leute auf beiden Seiten sind gestresst. Die einen, weil sie so lange warten mussten und die anderen, weil sie viel zu viele Anträge bearbeiten müssen und kaum Zeit zum Luftholen haben.

Liegt der schlechte Ruf des Neuköllner Sozialamtes eigentlich nur an der chronischen Unterbesetzung, oder sind es noch andere Faktoren, die das Klima im Amt so negativ beeinflussen?

Gleich zu Beginn der Legislaturperiode wurde, als eines der ersten Amsthandlungen der Zählgemeinschaft (SPD/Grüne/PDS) der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), ein unabhängiges Gutachten in Auftrag gegeben, welches das Sozialamt mal genau unter die Lupe nehmen sollte. Wir wollten wissen, woran es nun wirklich liegt, dass sich die Beschwerden über das Sozialamt so häuften.

Nach der Ausschreibung erhielt eine unabhängige Unternehmensberatung die Aufgabe, das Gutachten zu erstellen. Außerdem wurde festgelegt, dass ein Lenkungsbeirat, bestehend aus Mitgliedern aller Fraktionen der BVV, der Verwaltung und des Personalrates, das Gutachten begleiten sollen.

Derzeit sind die Untersuchungen im vollen Gange. Es werden unter anderem solche Indikatoren betrachtet, wie Erscheinungsbild des Sozialamtes, Kundenfreundlichkeit, Ablauforganisation, Personalausstattung sowie auch die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

Eines war von vornherein klar, das mit der Unterbesetzung stimmt und auf Grund der sehr hohen Belastung der Mitarbeiter ist auch der Krankenstand erheblich. Aber das allein sind nicht nur die Ursachen für die schleppende Bearbeitung der Anträge in diesem Bereich.

Das komplette Gutachten wird im Herbst dem Lenkungsbeirat zur Diskussion und Auswertung übergeben.

Alltag im Sozialamt: Wartenschlangen
Foto: Archiv

Ich hoffe wir haben die Kraft und natürlich auch die finanziellen Mittel, um die vielen guten Vorschläge aus dem Gutachten zügig umsetzen zu können. Je nach dem, wie weit die Vorschläge gehen, wird es bei der Umsetzung bestimmt zu einigen Irritationen kommen. Aber das haben Neuerungen so an sich.

Es soll eine freundliche und offene Atmosphäre geschaffen werden, wo man seine Sorgen und Nöte vortragen kann, nicht unter Zeitdruck steht und auch vorher nicht stundenlang auf dem Flur gewartet hat, nicht auf völlig gestresste Leute trifft und auch nicht wochenlang auf den Bescheid warten muss.

Ich weiß, der Anspruch ist hoch, aber letztendlich soll nur durchgesetzt werden, was eigentlich Aufgabe der Verwaltung ist - Dienstleister am Kunden zu sein, auch im Sozialamt Neukölln! Nörgler und Besserwisser wird es immer geben, aber vom Grundsatz her ist eine Umstrukturierung unbedingt notwendig und schon längst überfällig.

Sylvia Stelz
Fraktionsvorsitzende

Keine Spaltung in ›Leistungsträger‹ und Dienstboten – PDS setzt Agenda sozial gegen Sozialabbau

Demokratische Sozialisten melden sich ›Zurück in die Politik‹

So schwer wie diesmal sei ihm die Eröffnungsrede für einen PDS-Parteitag noch nie gefallen, gab der Ehrenvorsitzende der PDS, Hans Modrow, vor den Delegierten des Außerordentlichen Parteitages der PDS am 28. und 29. Juni im Berliner Tempodrom, zu. Der Parteitag stelle eine Zäsur in der Geschichte der PDS dar, »schließlich geht es um das Schicksal der linken sozialistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland«. Dieser Verantwortung waren sich alle Delegierten und auch die Besucher bewusst. Mit Lothar Bisky und einer neuen Mannschaft an der Spitze soll die PDS nach der Wahlniederlage des Jahres 2002 sowie der Selbstzerfleischung der Partei nach dem Geraer Parteitag wieder ›Zurück in die Politik‹.

Mit dem neuem Parteivorstand soll der Neustart der PDS gelingen ND-Foto. Frotscher

Mit konkreten Alternativvorschlägen zu Kanzler Schröders sozialer Kahlschlagspolitik möchte die PDS in die politische Debatte zurückkehren. »Machen wir uns nichts vor: Wir haben die Bürger, unsere treuesten Wähler zumal, enttäuscht. Wir haben an Vertrauen und Glaubwürdigkeit verloren. Das gilt es ab heute und hier wieder zu gewinnen« – Lothar Bisky hielt sich nicht lange mit Höflichkeitsformeln in seiner Kandidatenrede auf. Es gebe nur eine Chance für die Partei, einen Neustart. Bisky benannte sechs Bedingungen, damit dieser Neustart Erfolg haben könne.

1. Der Parteitag solle einen Parteivorstand wählen, »dessen Mitglieder den Dienst für eine demokratisch-sozialistische Partei ganz entschieden in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen, Gemeinsamkeiten suchen und Kollektivität in der Leitung der Partei wollen«.
2. Die PDS muss »sehr, sehr praktisch Antwort geben, wozu die Bürger dieses Landes unsere Partei brauchen. Wir sind die einzige Partei, die für einen Richtungswechsel in der Politik einsteht. Dies ist meine Vision«. Die Partei brauche eine Strategie für die nächsten Jahre, »bis Millionen Menschen in Deutschland überzeugt sind, dass dieses Land ohne eine PDS wahrhaft arm dran wäre«.
3. Die PDS braucht eine konsequente Öffnung für ein breites Bündnis mit allen, die sich ebenfalls für einen Richtungswechsel in der Politik engagieren: Gewerkschaften, Sozialverbände, soziale Bewegungen, ATTAC und vielen anderen. Die Partei des demokratischen Sozialismus müsse für ein Bündnis für einen Richtungswechsel der Politik in Deutschland und Europa stehen.
4. Die Beendigung ideologischer Grabenkämpfe in der PDS und der Übergang zu praktischem Handeln, sei das entscheidende Kriterium für einen erfolgreichen Neustart der PDS. »Wir müssen durch öffentliche Aktionen dazu beitragen, dass sich das Klima in diesem Lande nachhaltig und unumkehrbar wendet gegen Sozialraub, die private Ausplünderung des öffentlichen Reichtums, die Spaltung in Arm und Reich, in so genannte Leistungsträger und Dienstboten, gegen Krieg und Rüstung«. Es müsse wieder zum Anstand gehören, sich einzusetzen für eine Gesellschaft, in der jeder und jede in Solidarität selbst bestimmt leben könne.
5. Nach mehrjähriger Debatte müsse der Parteitag Ende Oktober in Chemnitz ein neues Programm beschließen. Darin solle der Sozialismus als eine Bewegung begründet werden und »als notwendiges Ziel, als eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung der Einzelnen zur Bedingung einer freien Entwicklung aller geworden ist«.
6. Die PDS benötige dringlich eine Parteireform, denn »wir werden als PDS nicht bleiben, wenn wir so bleiben, wie wir heute sind«. Eine neue politische Kultur, Transparenz, Verjüngung, Öffnung, Fähigkeit zu politischer Aktion und programmatische Erneuerung müssten zum »lebendigen Geist dieser Partei werden«. Damit die PDS wieder eine Partei für den Alltag werde, müsse sich der Alltag der PDS verändern. Bisky appellierte für »ein entschieden höheres Niveau der Streitkultur« und forderte mehr Gemeinsamkeiten im politischen Handeln – »trotz unterschiedlicher Ansichten und Pluralität«.

Wenn der neue Parteivorstand hart und gut arbeite, könne er eine Trendwende der Partei erreichen. Vertrauen verspiele man schnell, und nicht nur bei Wahlen, so Bisky weiter: »Vertrauen gewinnt man sehr viel langsamer wieder. Aber gerade dafür müssen wir beharrlich und konsequent arbeiten«.

Die Delegierten folgten ihrem alten und neuen Vorsitzenden und verabschiedeten nach kontroverser Debatte mit einer deutlichen Mehrheit von 90 Prozent den von Bisky und Gabi Zimmer eingebrachten Leitantrag ›Gerechtigkeit ist das Brot des Volkes‹, der im Titel die Kritik Bertold Brechts 1953 an die damalige Regierung der DDR aufgreift. Darin formuliert die PDS als Ziel: »Wir wollen die Partei sein, die deutlich sagt, dass es zur unsozialen Abrisspolitik von SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP gerechte und solidarische Alternativen gibt, die machbar sind, wirtschaftlich vernünftig und zukunftsfähig«.

Es ist wichtig, dass es wenigstens eine Partei in Deutschland gibt, »die verneint, dass das Jahrhundert der Sozialpolitik zu Ende sei, sondern die deutlich sagt: Soziale Gerechtigkeit ist modern, und soziale Sicherheit ist eine Gegenwarts- und Zukunftsbedingung? Muss es nicht eine Partei geben, die Krieg nicht nur im Einzelfall ablehnt, sondern die uneingeschränkt, Nein sagt zu Krieg, Waffenexporten, Massenvernichtungswaffen und Aufrüstung? Alle anderen Parteien im Deutschen Bundestag betätigen sich als Verwalter und Gestalter des neoliberalen Kapitalismus und seiner Globalisierung«.

Die neue Führungsspitze besteht aus Wolfgang Methling, Umweltminister und stellvertretender Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns, Dagmar Enkelmann, Mitglied des brandenburgischen Landtages sowie Katja Kipping, Mitglied des sächsischen Landtages. Als Bundesgeschäftsführer wurde der ehemalige Bundestagsabgeordnete Rolf Kutzmutz gewählt.

Christoph Nitz

Agenda 2010 gegen Agenda 21

Soziale Abwärtstrends in Neukölln

Zu letzterer haben sich die Regierungen von Staaten bekannt, mit dem Ziel in der ganzen Welt, bis in jede Gemeinde:

- Umweltschäden zu vermeiden bzw. zu beseitigen
- Alle Menschen an den erarbeiteten materiellen und geistigen Gütern teilhaben zu lassen
- Beteiligung an allen Entscheidungen für die jeweils Betroffenen gewährleisten.

Diese Bestrebungen unterstützt das Neuköllner Forum für eine Lokale Agenda 21 seit 1996. Es konnte leider einige wesentliche entgegengesetzte Entwicklungen in unserem Bezirk nicht aufhalten:

- Die Geburtsjahrgänge ab 1981 haben nur noch 2/3 der Stärke der vorherigen Jahrgänge. Der künftige Zwang Arbeit weit weg von der Familie anzunehmen, lässt die Bereitschaft für Kinder weiter abnehmen.
- Die Erwerbslosigkeit stieg von 1996 bis 2003 von durchschnittlich 26.500 auf 33.500 an.
- Das anerkannte steuerfreie Existenzminimum ist (für 2002) mit 610 Euro je Erwachsenen und 295 für ein Kind angegeben. Damit müssen schon jetzt viele Neuköllner Familien auskommen. Es werden noch viel mehr werden, wenn die Arbeitslosenhilfe auf ALG II abgesenkt wird.
- Die rund 150.000 Haushalte in Neukölln haben ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 1.325 Euro im Monat. Für diese Haushalte ergibt das zusammen etwa 204 Mio. Euro Kaufkraft im Monat. Darum reißen sich Vermieter, Einzelhandel, Reisebüros, Gewerbetreibende, auch Ärzte und Kulturstätten.
- Die geplanten Steuersenkungen zu Lasten noch höherer Staatsverschuldung nützen am meisten den großen Unternehmen und den Großverdienern. Am wenigsten haben die Arbeitnehmer, je näher ihr Einkommen an der Armutsgrenze liegt. Den vielen einkommenslosen Neuköllnern nützt es überhaupt nichts. Mittragen müssen sie trotzdem alle Einschränkungen öffentlicher oder medizinischer Leistungen. Für die Einkommensverluste durch ALG II und niedriger Verleiher-Löhne, sowie die vorgeschlagene Rentenkürzung gibt es keinen Ausgleich. Dadurch werden auch die Umsätze der Neuköllner Gewerbetreibenden weiter sinken.

Agenda 2010: Den Reichen weniger nehmen, den Armen weniger geben!

Agenda 21: Es lohnt dafür zu streben, für mehr Gerechtigkeit!

Georg Weise
Mitglied Agenda 21-Forum

Termine der PDS Neukölln

Bezirksvorstand
25.7., und 22.8., jeweils um 16.00 Uhr, Geschäftsstelle der PDS, Richardplatz 16

Infostände – PDS-Neukölln vor Ort:
12.07.03, 11 Uhr, Hermannplatz
19.07.03, 10 Uhr, Gropiuspassagen

Sprechstunde Evrim Baba (MdA)
Geschäftstelle der PDS, Richardplatz 16
21.08.03 von 17-18 Uhr

›Roter Tisch‹ – Diskussionsforum
Thema: Wirtschaft
29.08.03, um 18 Uhr,
Einladung folgt gesondert

Berliner Friedens-Tour
31. August ab 12 Uhr, Schöneberg
(siehe Artikel auf dieser Seite)

Fraktion/BVV
BVV-Ferien bis 31. August

Neuköllner Termine für Juli

Konzertreihe im Körnerpark
Jeden Sonntag um 18 Uhr

Ausstellungseröffnung im Körnerpark: Andreas Fasbender
25. Juli, 19 Uhr

Stohballenfest bei Bauer Mette
15. Juli bis 17. August

Feuerblumen und Klassik Open Air
Britzer Garten, 23. August

Sommernachtsball der Senioren
Hotel Estrel, 29. August, ab 18 Uhr

Rudower Meilenfest
30. und 31. August

Geburtstage

Wir gratulieren recht herzlich:

Hatice Akar
Renas Akar
Dimos Gatidis
Ali Han
Nadine Maeding
Hartmut Mund
Klaus Rückner
Udo Wolf

IMPRESSUM

„Neu-köllnisch“ erscheint monatlich.
Herausgeber: PDS Neukölln,
Geschäftsstelle Richardplatz 16,
12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19
Auflage dieser Ausgabe: 1.500
V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz
Redaktionsschluss: 3. Juli 2003
Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!

Nie wieder Krieg, nie wieder Zwangsarbeit!

Aufruf zur Fahrrad-Tour durch Berlin

Aus Anlass des Antikriegs- bzw. Weltfriedenstages wird am Sonntag, dem 31. August, zum zweiten Mal die Berliner Friedens-Tour stattfinden. Unter der Schirmherrschaft von Täve Schur will die PDS mit der diesjährigen Route an Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Berlin erinnern, um aufzuzeigen wie stark ziviles Leben und Kriegsmaschinerie im Nazi-Regime miteinander verwoben waren.

Der Auftakt ist für 12 Uhr an der Sophie-Scholl-Oberschule in Schöneberg (Pallas-/Elfeldstr.) geplant, auf deren Schulhof Zwangsarbeiter einen Fernmeldebunker bauen mussten. Anschließend soll die Friedenstour mit historisch begleiteten Halten in den Bezirken Kreuzberg und Neukölln zum vergessenen Lager in Schöneweide (Britzer-/Köllnischestraße) führen, dem letzten erhaltenen Zwangsarbeiterlager in Berlin.

Genaue Informationen zur Route am 31. August werden rechtzeitig im Internet (www.pds-neukoelln.de), in der Tagespresse und über entsprechende Flyer bzw. telefonisch bei der PDS in den Bezirken erhältlich sein.

Vorankündigung:

Roter Tisch

– offenes Diskussionsforum

Thema: Wirtschaft – Ausbildungssituation

29. August

Nähere Informationen unter: www.pds-neukoelln.de